



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Wolff, Max J.: Ostpreußenhilfe

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Ostpreußenhilfe

Von Professor Dr. Max J. Wolff



Im vierten Heft des heurigen Jahrgangs dieser Zeitschrift hat A. G. Jäger „Grundzüge für den Wiederaufbau Ostpreußens“ aufgestellt. Wenn auch der Aufsatz schon zu einer Zeit geschrieben ist, da noch weite Strecken der Provinz von den Russen besetzt waren, die vorhandene Notlage sich also in keiner Weise übersehen ließ, so enthält er doch viele beachtenswerte Vorschläge und Anregungen. Manche von Jägers Befürchtungen sind nicht eingetroffen. Die Flüchtigen zum Beispiel haben größtenteils ihre Heimat wieder aufgesucht, so daß am 1. April von 300 000 bereits drei Viertel zurückgekehrt waren, obgleich die Heeresleitung damals noch zahlreiche Kreise gesperrt hielt. Auf der andern Seite ist der angerichtete Schaden wesentlich größer, als man damals vermuten durfte. Eine Ergänzung des staatlichen Hilfswerkes ist daher dringend geboten.

Schon im August des vorigen Jahres, als der erste russische Einfall in Ostpreußen drohte und dann zur Ausführung gelangte, schlossen sich in allen Orten begeisterte und opferbereite Bürger zusammen, um der bedrängten Provinz zu helfen. Die Fürsorge galt zunächst den Flüchtigen, die mit Geld, Kleidung und Lebensmitteln unterstützt wurden, und dehnte sich später nach der Befreiung des Landes auf die Zurückgebliebenen aus, deren Besitz zerstört war. In welcher Form dies auch geschah, das Ziel war immer — und das war ja zunächst auch das wichtigste — die Linderung der augenblicklichen Not; Ostpreußen wird aber auch nach dem Kriege neben dem staatlichen Unterstützungswerk noch für eine Reihe von Jahren eine besondere Fürsorge nötig haben, wenn es sich nur einigermaßen von dem erlittenen Ungemach erholen soll. Diese Aufgabe hat sich die „Ostpreußenhilfe“ gestellt, die mit gutem Erfolg bemüht ist, ihre Organisation über das gesamte Reichsgebiet zu verzweigen.

Die Provinz Ostpreußen hat an dem großen wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten geringen Anteil gehabt. Eine Großindustrie gibt es nicht und kann es dort nicht geben, da alle natürlichen Voraussetzungen für eine solche fehlen. Das Beispiel von Westpreußen, wo man sich trotzdem an industrielle Gründungen größeren Stils gewagt hat, wirkt in

dieser Hinsicht abschreckend. Erhebliche Geldmittel wurden aufgewendet und die Förderung der Regierung fehlte nicht, aber die einzelnen Unternehmungen brachen rasch zusammen, als die Hochkonjunktur von einer wirtschaftlichen Ebbe abgelöst wurde. Ostpreußen kann nicht „industrialisiert“ werden und wird sich stets auf seine bescheidene Holzverarbeitung beschränken müssen. Auch dem Großhandel sind enge Grenzen gezogen. Ungünstige Handelsverträge schließen das russische Hinterland ab, dessen Absatz künstlich nach Libau geleitet worden ist, das man unter großen Kosten zu einem auch im Winter brauchbaren Hafen ausgebaut hat. Königsberg besitzt dank den hohen Schutzzöllen und dem System der Ausfuhrscheine einen zwar spekulativen, aber gewinnbringenden Getreidehandel, jedoch ist auch dieser Erwerbszweig von untergeordneter Bedeutung für den Gesamtwohlstand Ostpreußens. Die Provinz trägt einen ausgesprochenen ländlichen Charakter. Abgesehen von Königsberg besitzt sie keine größere Stadt, nur noch eine von etwa 40000 und zwei von knapp 30000 Einwohnern, aber schon diese sind gleich den zahlreichen kleineren Ortschaften reine Landstädte. Die Bewohner sind Ackerbürger oder Kleingewerbetreibende, die von der Landwirtschaft völlig abhängig sind. Diese selbst hat in den letzten zehn Jahren gute Fortschritte gemacht; die Pferdezucht ist mit Umsicht gepflegt und der sonstige Viehstand vermehrt und verbessert worden. Trotzdem nimmt die Bevölkerung dauernd ab, die in den unteren Klassen durch höhere Löhne, in den oberen durch größeres Behagen und geringere Kommunalsteuern nach dem Westen gezogen wird. Auch der Umstand, daß die Landwirtschaft in steigendem Maße menschliche Arbeit durch Maschinen zu ersetzen sucht, trägt zur Abwanderung bei. Der Boden selbst ist in den meisten Gegenden vorzüglich, aber der Sommer ist kurz und die Arbeit drängt sich auf wenige Monate zusammen, so daß der größere Besitzer eine übermäßige Zahl von Leuten halten muß, die den längeren Teil des Jahres ohne Beschäftigung sind. Dieser Umstand, sowie die Abwanderung der landesbürtigen Bevölkerung drängt dazu, sich mit Saisonarbeitern zu behelfen, die nach eingebrachter Ernte abgeschoben werden können. Der Kleinbesitz, der ohne fremde Kräfte auskommt, wird durch diese Schwierigkeiten weniger betroffen; es entspricht daher nur den natürlichen Bedingungen der Provinz, daß er bei der bevorstehenden Neuentwicklung möglichst gestärkt, der Großgrundbesitz dagegen zurückgedrängt wird, obgleich er in Ostpreußen bei weitem nicht so vorhergeht wie in Pommern, Mecklenburg oder einzelnen Teilen Schlesiens.

Der Russeneinfall hat unsäglichen Schaden angerichtet, er bietet aber auch Gelegenheit, Reformen von Grund auf durchzuführen, besonders manche durch eine verkehrte Agrargesetzgebung künstlich erzeugte Übelstände zu beseitigen. Aus eigener Kraft würde Ostpreußen das nicht vermögen, aber hinter der verheerten Provinz steht der preußische Staat, ja das gesamte Deutsche Reich, dessen Opferwilligkeit in der „Ostpreußenhilfe“ zusammengefaßt werden soll. Der Plan ihrer Organisation ist aus den Tageszeitungen bekannt. In allen

Großstädten sollen Ostpreußenhilfsvereine gegründet werden, von denen jeder die Fürsorge für eine der zerstörten Kleinstädte übernimmt. Auf diese Weise kann für deren individuelle Bedürfnisse gesorgt werden, die gerade in den kleinen Landstädten außerordentlich verschieden sind, weit verschiedener als in mehr oder weniger gleichgearteten Großstädten. Über diesen örtlichen Hilfsvereinen soll sich der Gesamtverband erheben, teils um die Tätigkeit der Gruppen zu überwachen, teils um den schwächer Bemittelten materielle Beihilfe zu gewähren, besonders aber um größeren, die ganze Provinz betreffenden Aufgaben nachzukommen. Dank der Tatkraft der führenden Männer und der Opferbereitschaft der Bevölkerung hat die „Ostpreußenhilfe“ schon gute Fortschritte gemacht. Für Gumbinnen, Domnau, Gerdauen, Nordenburg, Soldau, Ortelsburg, Goldap, Lyck, Angerberg, Darkehmen, Piskallen, Hohenstein sind die Hilfsvereine entweder schon gegründet oder gesichert, wegen anderer Orte schweben ausichtsreiche Verhandlungen. Mit einem Kapital von 100000 Mark kann ein Ortsverein schon vieles leisten, aber einzelne haben so erhebliche Mittel zusammengebracht, daß sie über den ursprünglichen Plan hinausgehen und neben der Stadt auch den ganzen Kreis in ihre Fürsorge einbeziehen konnten. Immerhin bleibt noch vieles zu tun, wenn man bedenkt, daß allein 43 Städte der russischen Zerstörungswut zum Opfer gefallen sind. Ein Vorteil ist es, daß es sich um ein rein agrarisches Land handelt. Der Acker bleibt und wird über den Gräbern von Siegern und Besiegten wieder Früchte tragen, dagegen ist es mehr als zweifelhaft, ob der seit zehn Monaten von Schützengräben und Geschossen durchwühlte Boden der Champagne jemals wieder für die frühere hohe Weinkultur geeignet sein wird.

Welchen Zweck verfolgt nun die „Ostpreußenhilfe“? Es sind vielfach Bedenken aufgetaucht, daß die reichen freiwilligen Sammlungen zu einer Entlastung des Staates dienen würden, daß dieser sparen werde, was durch private Wohltätigkeit geleistet wird. Solche Befürchtungen, die selbst auf dem preußischen Städtetage laut wurden, entbehren jeder Unterlage. Weder wird sich der Staat den Pflichten entziehen, die ihm rechtlich und moralisch obliegen, noch beabsichtigt die „Ostpreußenhilfe“ solche Aufgaben zu übernehmen. Die Wirkungskreise beider sind scharf getrennt, wenn sie sich auch ergänzen und die verschiedene Tätigkeit einem gemeinsamen Ziele gilt. Wenn der Staat den angerichteten Schaden ersetzt, so will die „Ostpreußenhilfe“ darüber hinausgehen, wenn jener die Mittel zum Wiederaufbau gewährt, so will diese dafür sorgen, daß der Wiederaufbau nicht nur eine Wiederherstellung des Alten, sondern eine Verbesserung bedeutet. Den Ostpreußen muß Freude im eigenen Haus und Behagen an der väterlichen Scholle bereitet werden. Nur unter dieser Voraussetzung werden die Flüchtigen zurückkehren, wird es möglich sein, neue Siedler zu gewinnen und vor allen aus der Provinz gebürtige, aber längst abgewanderte Kriegsteilnehmer, besonders unter den Invaliden, wieder festhaft zu machen.

Eine Hebung des Wohnungswesens ist, wie auch Jäger in seinem Aufsatz betonte, dringend geboten. Die Bautätigkeit ist in den kleinen Landstädten stark zurückgeblieben. Trotzdem die Bevölkerung nicht zunahm, bestand ein Mangel an kleinen Wohnungen. Was vorhanden war, war in den meisten Orten eng zusammengepfercht, ohne Licht und Luft, und entsprach oft nicht den bescheidensten gesundheitlichen Anforderungen. Das enge Weichbild muß durchbrochen werden. Einfamilienhäuser von drei bis vier Räumen sollen entstehen, mit Gärten, die den Bedarf des Besitzers an Kartoffeln, Obst und Gemüse decken und ihm die Möglichkeit geben, ein Schwein oder eine Kuh zu halten. Solche Anwesen im Umfange von einem halben bis einen Morgen lassen sich bei den verhältnismäßig billigen Bodenpreisen mit Einschluß aller Baulichkeiten für etwa 3000 Mark beschaffen, größere, die schon Gelegenheit zu eigener Ackerwirtschaft bieten, also von etwa zwei bis fünf Morgen, zu einem Gestehungspreis von 9000 Mark. Eine erste Hypothek bis zu 60 Prozent des Wertes ist von den öffentlichen Geldgebern bei mäßigem Zins und Tilgungssätzen jederzeit zu haben, die zweite in der Höhe von 30 Prozent würde von dem Hilfsverein gewährt werden, so daß der Erwerber nur eine Anzahlung von zehn Prozent zu leisten hat. Diese zweite Hypothek soll zunächst zinslos bleiben und erst wenn das Grundstück zu vollem Ertrage gelangt, zu zwei Prozent verzinst und zu derselben Rate getilgt werden. Wenn man bedenkt, daß der invalide Soldat mit Kriegs- und Verstümmelungszulage eine Jahresrente von 1368 Mark erhalten soll, so ist es ihm ein leichtes, ein derartiges Anwesen zu erwerben und die zweite Hypothek in kurzer Zeit abzulösen. In der Hebung des Wohnungswesens sieht die „Ostpreußenhilfe“ ihre Hauptaufgabe, sie ist in allen Teilen der Provinz unter geringen örtlichen Verschiedenheiten die gleiche. Daneben aber bleibt in den einzelnen Orten noch genug zu tun. Im Anbau soll der alte Schlandrian aufhören; wo es der Boden erlaubt, sollen die Kartoffeln durch Gemüse ersetzt werden. Freilich Fein- und Frühgemüse wird die Provinz niemals liefern, aber was ein guter eigener Bestand an Bohnen, Erbsen und Linsen wert ist, haben wir in diesem Kriege erfahren. Das Land ist flußreich, aber aus den Gewässern wird kaum der richtige Nutzen gezogen. Fischkulturen gibt es höchstens auf größeren Gütern, Krebse, die in den Großstädten erhebliche Preise erzielen, sind in den abgelegenen Dörfern nur Spielzeug für Kinder. Auch der Obstbau kann wesentlich gefördert werden, besonders für einzelne Arten Äpfel dürfte das rauhe Klima recht geeignet sein.

Das Handwerk hatte bisher in Ostpreußen keinen goldenen Boden, auch dies liegt zum großen Teil an der vorgeschobenen Lage der Provinz. Um so dankbarer ist es zu begrüßen, daß die Stadt München sich erboten hat, die Ostmark mit künstlerisch vollendeten, aber darum doch gebrauchsfähigen Möbeln auszustatten. Daraus wird sich reiche Anregung ergeben und auch die wohlhabenderen Kreise werden ihren Bedarf nicht mehr einzig in Berlin decken. Auch die Hausindustrie kann helfend eingreifen. An Weiden ist kein Mangel,

aber wenn auch hier und dort die Korbslechtereie schon betrieben wird, so fehlt es ihr an geschmackvollen Mustern, um ihre Erzeugnisse mit Gewinn abzusetzen. Kleine Industrieausstellungen, die womöglich nur ein paar Kreise oder einen Regierungsbezirk umfassen, können viel Gutes stiften und neben materiellen Nutzen zu einer Bereicherung des geistigen Lebens führen. Denn diese Seite darf die „Ostpreußenhilfe“ nicht vernachlässigen. Sie muß darauf bedacht sein, die Schulen mit guten Lehrmitteln zu versehen, Haushaltungsschulen für die weibliche Jugend einzurichten und die kleinen Städte mit brauchbaren Bibliotheken zu versorgen. Ist das für jeden einzelnen Ort nicht möglich, so können zunächst Wanderschulen und Wanderbüchereien die Lücke ausfüllen. Auch ein Wandertheater würde segensreich wirken. Die „Ostpreußenhilfe“ müßte dafür einen Zuschuß bewilligen, da den Städten, trotz der hohen Kommunalsteuern, Mittel für Luxusausgaben nicht zu Gebote stehen. Viele haben es, ungeachtet der Zuschläge von 300 Prozent und darüber noch nicht einmal zu Gas, Wasserleitung und Kanalisation gebracht. Die Kommunalsteuern sind das schwerste Hindernis für eine gedeihliche Entwicklung der Provinz, da sie gerade die wohlhabenderen Kreise zur Abwanderung veranlassen. Der Staat wird sich der Verpflichtung einer gleichmäßigen Verteilung der Kommunallasten durch die ganze Monarchie nicht entziehen können, aber ehe eine solche durchgeführt wird, ist Ostpreußen sich selber und der ihm gespendeten freiwilligen Hilfe überlassen. Gelingt es den allgemeinen Wohlstand zu heben, so wird die auch zu einer Erleichterung der örtlichen Steuerlasten dienen. Und noch ein Mittel bietet sich, Geld in das Land zu ziehen. Ostpreußen ist reich an landschaftlichen Schönheiten, sowohl die Meeresküste als die masurischen Seen. Die Reisegebiete, die der Deutsche nach dem Kriege mit Vergnügen aufsuchen wird, sind spärlich, das Ausland fällt beinahe ganz weg, da wäre es von besonderer Wichtigkeit, den Strom der Vergnügungsreisenden und Ausflügler nach Ostpreußen zu lenken, wo neben Meer, Wäldern und Seen die Erinnerungsstätten der großen Hindenburgschlachten locken. Mancher beliebte Badeort bringt es auf 50000 Fremde im Sommer, wenn jeder von ihnen auch nur die bescheidene Summe von 100 Mark ausgibt, so wäre das ein jährlicher Zufluß von fünf Millionen, der den armen Ostpreußen schon zu statten käme.

